

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inlerate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 24.

Sonnabend, den 15. Juni 1907.

11. Jahrgang.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist  
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende  
Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperret** sind: Schöna, Bruch Rosenkranz im Hirschgrund.  
Weg, Platz Maigros. Sulzbach, Firma Winter. Darm-  
stadt, Firma Heinrich Wagner. Jena, Werkplatz Konradus.  
Nördlingen, Werkplatz Better.

**Offenburg.** Aus Anlaß des Maurerstreiks haben die Stein-  
mehnen Zugang zu unterlassen.

**Esfurt.** Bei den Firmen Walter und Hartmann stehen die  
Kollegen im Streik.

**Pirna.** Seit dem 16. Mai stehen 130 Kollegen im Streik.  
Die Unternehmer wollen die ehedem 11 Jahre bestandene  
Tarifgemeinschaft mit den Dresdner Meistern nicht aner-  
kennen. Diese Woche hat die Firma Fleck u. Illmer jedoch  
den Dresdner Tarif anerkannt. Einige Meister hatten zuvor  
schon bewilligt. Diejenigen, die nicht bewilligten, gehören  
dem Verbands sächsischer Industrieller an.

**Ströbel, Quassan, Strehlen und Gorkau.** Der Streik dauert  
unverändert fort. Abgereist sind 314 Mann. In Böhmen  
und Mähren versuchen die Firmen Streikbrecher anzu-  
werben. Am 3. Juni traten 68 Kollegen der Firma  
Schiller in den Streik. Die Einigungsverhandlungen  
vor dem Landratsamt am 5. Juni sind gescheitert. Den  
Kollegen bei der Firma Schiller wurden sofort die Woh-  
nungen gekündigt, eventuell sollte die Ermittlung in Kraft  
treten. Einzelne Familien kampierten mehrere Tage im  
Freien, nachdem sie die Arbeiterwohnungen räumen  
mußten. Granitarbeiter von Deutschland und Deiter-  
reich, seid auf der Hut, wenn die Streikbrecheragenten  
aus dem hiesigen Gebiete antommen sollten.

**Hammelbach (Odenwald).** Hier stehen die Kollegen im Streik.

**Seebach (Schwarzwald).** 95 Pflastersteinmacher stellten bei der  
Firma Müller die Arbeit ein. Herr Müller lehnte jede  
Verhandlung ab.

**Berlin.** Durch die Bauarbeiter-Ausperrung sind Sandstein-  
mehnen und Marmorarbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Die  
reisenden Kollegen mögen hieraus die nötigen Konsequenzen  
ziehen.

**Hedede i. Westf.** Fünf Verbandsmitglieder wurden als „lästige“  
Ausländer aus Preußen ausgewiesen. Zugang nach Hedede  
von deutschen und italienischen Kollegen ist fernzuhalten.

**Buzen.** Nach Wildschütz, Bruch Wolf, ist Zugang wegen  
Mafregelung fernzuhalten. Als Ersatzkräfte sucht der Unter-  
nehmer ausländische Kollegen heranzuziehen.

**Niesa.** Ueber die Auslegung des kürzlich abgeschlossenen Tarifes  
entstanden mit der Firma Förster Differenzen. Die Stein-  
mehnen legten deshalb die Arbeit nieder.

**Wöben.** Die Steinmehnen des Wöbenener Porphyrrwerks legten  
wegen Differenzen die Arbeit nieder. Herr Werfführer Bauer  
sucht wahrscheinlich im bayerischen Walde Arbeitswillige

**Hannholder.** Im Granitwert P. Burger stehen die Kollegen  
im Streik.

**Zrier.** Der Streik ist zugunsten der Kollegen beendet. Pro  
Tag wurden Lohnzulagen in der Höhe von 30—50 Pfg.  
erreicht.

**München-Gladbach.** Die Lohnbewegung wurde für uns  
günstig beendet. (Bericht folgt in nächster Nummer.) Die  
Firma Speiber bleibt gesperrt.

**Oesterreich.** Im Streik stehen die Kollegen in Linz,  
Kobresina, Habrovan und Göstling. — Lohnbewegung  
ist in Wien, Schluckenau, Nürnberg und Wermeris.  
— Graz ist zu meiden, die Steinmehnen sind wegen Arbeits-  
mangel entlassen worden.

**Ungarn.** Zugang ist fernzuhalten nach Budapest, Kolozsvár,  
Pilisborosjeny, Pozsony und Sopron.

**Schweiz.** Gesperret ist für Sandsteinhauer: Basel, Bern,  
Ageri, Schönbühl, Mägenwill, St. Margrethen  
und Capolago. Für Granitarbeiter: Alle Plätze des Trufts  
und der Firma Schultheß im Kanton Tessin und Uri.  
Für Kalksteinarbeiter: Corbières, La Chaux-de-Fonde,  
Neuchâtel. Für Steinbrecher der Ort Weizenhausen.

Nach allen diesen Orten ist Zugang strengstens fern-  
zuhalten.

## Aus der badischen Steinindustrie.

In Baden stand das Wirtschaftsleben im Jahre 1906  
im Zeichen des Aufschwungs. Auch die Steinindustrie  
hatte einen durchaus günstigen Geschäftsgang aufzuweisen,  
wie übereinstimmend in allen Berichten der gewerblichen  
Korporationen und der Fabrikinspektion festgestellt wird.  
Wir wollen hier nur aus letzteren Berichten einige die  
Steinindustrie betreffende Einzelheiten wiedergeben, die  
auch für unsere Kollegen von Interesse sind.

Da ist zunächst die Feststellung bemerkenswert, daß in  
den Steinbrüchen und Sandsteinhauereien die gesetzliche  
Maximalarbeitszeit immer noch nicht durchweg eingehalten  
wird. Das ist um so bedauerlicher, an an diesem Zu-  
stand wieder die Arbeiter ihr gut Teil Schuld tragen.

Der Berichterstatter stellt wenigstens fest, es gewinne den  
Anschein, als ob in der Tat die Akkordarbeiter oft ohne  
und mitunter gegen den Willen ihrer Arbeitgeber mehr  
als 9 bezw. 10 Stunden arbeiteten. So sind der Fabrik-  
inspektion aus verschiedenen Bezirken Beschwerden von  
Arbeitern zugegangen, in denen — gelegentlich mit Na-  
men angeführte — Mitarbeiter beschuldigt wurden, länger  
als zulässig zu arbeiten. Eingehende Untersuchungen  
haben nichts Positives ergeben. Es ist gelungen, die Leute  
ausfindig zu machen, sie haben auch zugestanden, daß sie  
ntorgens in der Frühe vor ihren Kollegen mit der Arbeit  
beginnen, aber gleichzeitig angegeben, daß sie die neun-  
stündige Arbeitszeit trotzdem nicht überschritten, weil sie  
über Mittag eine längere Pause machten.

Während der Fabrikinspektion sich in diesen Fällen  
damit begnügte, die Besitzer der Betriebe auf ihre Ver-  
antwortlichkeit für die pünktliche Einhaltung der vor-  
geschriebenen Arbeitszeiten nachdrücklich aufmerksam zu  
machen, wurde ein Besitzer großer Granitsteinbrüche im  
mittleren Schwarzwald, der über 200 Arbeiter beschäftigt  
und seine Brucharbeiter täglich elf Stunden arbeiten ließ,  
zur Bestrafung gebracht, obwohl er geltend machte, daß  
die Leute freiwillig elf Stunden arbeiteten, um einen  
höheren Lohn zu verdienen.

Gerichtlich einzuschreiten war auch gegen das Trud-  
system in mehreren ziemlich entlegenen Steinbruch- und  
Steinhauereibetrieben. Folgender besonders bemerkens-  
werte Fall sei angeführt: Einer der größten Granit-  
industriellen des mittleren Schwarzwalds, der in meh-  
reren Brüchen zusammen mehr als 200 Arbeiter beschäf-  
tigt, liefert seinen Arbeitern regelmäßig das Bier an die  
stundentweit von den nächsten Ortschaften entfernten Ar-  
beitsstätten, wobei er bis zur Feststellung durch die Fabrik-  
inspektion die 0,7 Liter haltende Flasche Bier zum Preis  
von 22 Pfg. kreditierte und die geschuldeten Beträge vom  
Lohn abzog. Der Unternehmer bezahlte für das Liter  
Bier, das er in Fässern bezieht, 17 Pfg., und füllt es in  
Flaschen ab, der Inhalt einer Flasche kommt ihm daher  
auf 12 Pfg. zu stehen. Vor dem Schöffengericht gab er  
an, daß der Verkaufspreis von 22 Pfg. den „Anschaffungs-  
kosten“ entspreche, da für den Transport 5 Pfg., für das  
Abfüllen 2 Pfg. und für Amortisation 3 Pfg. auf jede  
Flasche Bier zu schlagen sei. Das Schöffengericht bean-  
standete nur die Höhe der Transportkosten, da nach-  
gewiesenermaßen das Bier mit denjenigen Fuhrwerken  
des Unternehmers herangeschafft wurde, welche die fer-  
tigen Steine aus den Brüchen abholten. Dabei wurde es  
jedoch für billig erachtet, die Anrechnung von 2 Pfg.  
Transportkosten für eine Flasche Bier zuzulassen, da die  
Ferkel bei der Bergfahrt doch mehr angestrengt würden,  
als wenn sie den Weg mit leeren Wagen machten. Das  
Gericht berechnete auf diese Weise die „Anschaffungskosten“  
für eine Flasche Bier zu 19 Pfg. und verurteilte den  
Steinbruchbesitzer wegen Vergehens gegen den § 115 der  
Gewerbeordnung zu — drei Mark Geldstrafe.  
Wegen des ihr zu niedrig erscheinenden Strafmaßes und  
der vom Schöffengericht zu hoch angenommenen An-  
schaffungskosten beantragte die Fabrikinspektion bei der  
Staatsanwaltschaft Einlegung der Berufung. Doch  
glaubte die Staatsanwaltschaft eigentümlicherweise „bei  
der Praxis der Strafkammer“ auf eine Umstößung des  
schöffengerichtlichen Urteils nicht rechnen zu können, und  
so unterließ die Weiterführung des Verfahrens.

Nunmehr hat die von ihrer Organisation unterstützte  
Arbeiterchaft unter Berufung auf den § 116 der Gewerbe-  
ordnung Schritte unternommen, um die Rückzahlung der  
zu unrecht abgezogenen Beträge von dem Unternehmer  
im Wege der Klage zu erreichen. Die Fabrikinspektion  
hat aber wiederum gegen den Unternehmer Strafantrag  
stellen müssen, da dieser, durch das niedrige Strafmaß  
ermutigt, das Bier zwar nicht mehr für 22 Pfg., aber  
immerhin noch für 20 Pfg. kreditiert.

Vielleicht empfiehlt es sich für die Arbeiter, gegen den  
Unternehmer andre Seiten aufzuziehen, und überhaupt  
auf der Arbeitsstätte keinerlei Bier mehr zu trinken. Die  
Arbeiter würden sich dann am besten dieser unerhörten  
Ausbeutung mittels Trudsystems entziehen, sie würden  
materiell sehr viel gewinnen, aber auch gesundheitlich  
könnte diese Enthaltensweise für sie nur von Vorteil sein.  
Bekanntlich wird der Körper durch Genuß von Alkohol,  
und sei es auch nur Bier, nur widerstandsunfähig gemacht,  
was für die den Unilden der Bitterung und einer recht  
ungeunden Arbeitsmethode ausgesetzten Steinarbeiter  
durchaus nicht gleichgültig sein kann. Mehr noch würde  
durch eine größere Mäßigung im Biergenuß oder Ent-  
haltung desselben für das Ansehen der Arbeiterchaft und  
ihrer Organisation erreicht werden. Ist es doch jetzt, wie  
der Fabrikinspektor feststellt, bereits soweit gekommen,  
daß die Arbeitsplätze in den Steinbrüchen nicht selten den  
Tag über einer Kneipe gleichen. In einem großen Stein-  
brüche wurden durch die 21 Wirte und Flaschenbierhändler  
der Dorfgemeinde durch Kreditgewährung im weitesten  
Maße sowie durch offenes oder verstecktes Zubringen von  
Flaschenbier alle seitens der Behörde und der Betriebs-  
unternehmer getanen Schritte zur Abhilfe illusorisch ge-  
macht. Ein Gendarmenbericht meldet: Durch die Ver-  
mehrung der Schuphütten ist es so weit gekommen, daß

fast jede Partie eine Gütte für sich hat. In dieser Gütte  
wird nun von seiten des Partieführers während des gan-  
zen Tages Bier an die Leute abgegeben, und es ist schon  
oft vorgekommen, daß die Arbeiter des Abends schon an-  
getrunken aus den Steinbrüchen ins Dorf herunterkamen.  
Auch in einigen Gemeinden des Amtsbezirks Heidelberg  
wurden mehrfach Klagen laut über allzu starken Alkohol-  
genuß und über Ausschreitungen der in den Steinbrüchen  
beschäftigten Arbeiter. Da es sich hierbei um eine größere  
Zahl minderjähriger Arbeiter handelte, sah sich die Fabrik-  
inspektion veranlaßt, dem Bezirksamt zur Erwägung an-  
heimzugeben, ob es nicht erfolgversprechend sei, wenn für  
die betreffenden Gemeinden durch Ortsstatut gemäß  
§ 119 a, Absatz 2, Ziffer 2 der Gewerbeordnung die Anord-  
nung getroffen würde, daß die Lohnzahlung für minder-  
jährige Arbeiter nur an deren Eltern oder Vormünder  
zu erfolgen habe.

Die Angelegenheit ist noch nicht erledigt, unsere Leser  
werden uns aber zugeben, daß diese Zustände gleich un-  
erfreulich sind vom Standpunkt des Arbeiterinteresses  
wie des Interesses der Gewerkschaften betrachtet. In der  
Tat würde es in jeder Hinsicht richtiger gehandelt sein,  
die Kollegen ließen den hierliefernden Unternehmern oder  
Büdikern das Bier sauer werden, als daß sie ein unsre  
Sache und ihr eigenes Interesse so schwer schädigendes  
Beispiel des in der unerhörtesten Weise ausgenutzten, aber  
doch einem starken Biergenuß fröndenden Arbeiters bieten.

Nach dem Bericht der Oberdirektion des Wa-  
fer- und Straßenbaus lassen sich in den dieser  
Behörde unterstellten Steinbruchbetrieben wieder Fort-  
schritte in der Durchführung der zum Schutz der Arbeiter  
erlassenen Vorschriften feststellen. Vereinzelt sind die  
Fälle, in denen es trotz wiederholter Auflagen nicht ge-  
lang, den geordneten Zustand herbeizuführen; einige  
Male hat die Einstellung des Betriebs oder eines Teils  
solange, bis die erforderlichen Abräumungsarbeiten er-  
folgt waren, angedroht oder durchgeführt werden müssen.  
Der Umstand, daß manche Steinbrüche verpachtet sind,  
veranlaßt die Pächter, gegen das Ende der Pachtzeit hin  
die Abräumungsarbeiten nur noch in tunlichst geringem  
Umfange auszuführen, um an Kosten zu sparen. Es zeigt  
sich, daß nur eine öftere Nachschau der Richtigkeit vieler  
Unternehmer wirksam begegnen kann; es werden daher  
die meisten Betriebe mehrmals während des Jahres be-  
sucht. Diese Uebung ist durch die schnelle Aenderung der  
Betriebsverhältnisse in den Brüchen und Gräbereten be-  
sonders geboten; entstehen doch hier sozusagen fast nach  
jedem Schuß wieder andre Zustände mit neuen Gefahren  
für die Beschäftigten. Die zahlreichen Beanstandungen  
hinsichtlich der Unfallverhütung lagen auf denselben Ge-  
biet wie früher. Auch die Beschaffenheit der Unter-  
kunftsräume und der Aborte läßt noch zu wünschen übrig.  
Mehrere kleine Betriebe im Amt Forstheim konnten trotz  
wiederholter Aufforderung nicht dazu gebracht werden, die  
Unterkunftsräume geordnet herzustellen. In einem  
Steinbruch mußten die Steinbrecher elf Stunden arbeiten;  
durch Verwarnung wurde der Unternehmer veranlaßt, die  
10stündige Arbeitszeit einzuhalten.

## Zum Streik der Granitarbeiter in Schlesien.

Der Kampf tobt nun die sechste Woche. Die Zahl der  
Streikenden wurde noch größer, indem ca. 70 Mann der  
Firma Schiller in Niklasdorf sich den Streikenden an-  
schlossen. Diese Leute legten am 4. Juni die Arbeit nieder  
und zwei Tage später hatten sie schon die Vorladung zum  
Amtsgericht in der Hand, daß, falls sie die Wohnungen  
in den Arbeiterkasernen nicht freiwillig räumen würden,  
die Ermittlung in Kraft treten würde. Die Firma Schiller  
will auch die Kollegen in Gorkau ermitteln lassen.  
Die Ermittlung spielt während des hiesigen Streiks über-  
haupt eine große Rolle. Den Streikenden ist dieses Fremd-  
wort jetzt recht begreiflich gemacht worden. Denn alle in  
den Baracken wohnenden Steinarbeiter stehen vor der Ge-  
fahr, durch die „Christenliebe“ der Unternehmer der Er-  
mittlung unterworfen zu werden. Borige Woche wurde wie-  
der ein Kollege in Ströbel ermittelt. Von Jobten  
erschien der Gerichtsbollzieher mit 6 Arbeitern,  
außerdem waren drei berittene Gendarmen zur Stelle.  
Die Wirtschaftsgegenstände wurden in den Chauffeegraben  
gestellt, unter Gottes freier Natur mußte die ermittelte  
Familie ihr Heim aufschlagen. Besondere Schwierigkeit  
machte die Ermittlung des Schweinestalls. Dieses land-  
wirtschaftliche „Gebäude“ mußte ebenfalls aus dem Grund-  
stück des Unternehmers entfernt werden. Die an der Er-  
mittlung Beteiligten hatten alle Kräfte anzuspannen, um  
den Transport des Stalles bewerkstelligen zu können.  
Was werden die Touristen, die am Sonntag den Jobten  
bestiegen, für einen Eindruck von den liebenswürdigen  
Unternehmern mitgenommen haben, wenn sie erfuhren,  
warum die Ermittlung erfolgte.

Der Stand des Streiks ist unberändert. Die Unter-  
nehmer suchen ihr Heil in der Anwerbung von Arbeits-  
willigen. In Breslau befindet sich ein „internationales“  
Vermittlungsbureau, das den hartbedrängten Steinbruchs-  
industriellen Arbeitswillige verschaffen will. Bishe

Konnten die zugelassenen Arbeitswilligen wieder zur Abreise bewogen werden. Aus dem Streifgebiet sind auch schon mehrere abgereist, um Arbeitswillige anzuerwerben, doch alle liebe Mühe der Unternehmerangestellten war umsonst. In einigen Orten Oesterreichs wurde diesen Herren deutlich klargestellt, daß die Steinarbeiter es abweisen, sich in die Leibeigenschaft etlicher schlesischer Granitindustriellen zu begeben.

Am 5. Juni fanden vor dem Strehleiner Landratsamt Verhandlungen mit dem Unternehmer Schall statt. Redakteur Staudinger suchte beim königlichen Landrat um eine Vorbesprechung nach, die ihm auch gewährt wurde. Nachdem Staudinger eingehendst begründet hatte, warum die Streikkommision Wert darauf lege, daß zu den Verhandlungen mit Schall auch ein Zentralvorstandsvertreter hinzugezogen werden sollte, erklärte der Herr Landrat etwa folgendes: „An Stelle des Herrn Schall würde ich (der Landrat) ebenfalls keinen Tarif abschließen. Die Arbeiter werden doch angemessen (?) bezahlt. Ueberdies erscheine ihm die Tätigkeit Staudingers völlig überflüssig, wie komme es dazu, sich in die Arbeitsverhältnisse der Schallschen Arbeiter einzumengen.“

Als der Landrat die drei Kommissionsmitglieder in das Sitzungszimmer berief, meinte er noch zu Staudinger: „Sie beeinflussen die Arbeiter im ungünstigen Sinne und überdies besteht Ihre Tätigkeit bloß im Hohen.“

Die Kommissionsmitglieder waren über das Auftreten des Herrn Landrats ganz baff und Staudinger war als Arbeitervertreter anständig genug, dem Herrn Landrat nicht sofort in der geeigneten Weise zu antworten. Der Beleidigte hat sich an das Regierungspräsidium in Breslau beschwerend wegen der beleidigenden Auslassungen des Landrats gewandt. Der Herr Landrat sollte also den Vermittler spielen, er stellte sich aber von vornherein auf den Standpunkt Schalls. Unter solchen Verhältnissen hätte der Herr Landrat besser getan, jede Vermittlung abzulehnen.

Wir haben sehr oft auf Bürgermeistereien und Gewerbeämtern zu tun gehabt und haben dort sehr häufig bemerkt, daß Gewerbeämter und Bürgermeister auch den Unternehmern manche sozialpolitische Wahrheit sagen, wenn diese gar zu selbstherrlich auftraten. Die Kollegen werden vor dem Strehleiner Landratsamt den Antrag auf eine Vermittlung nicht mehr stellen —

Charakteristisch ist beim hiesigen Streik, daß die Unternehmer aus dem Auslande Arbeitswillige heranziehen wollen. Durch diese Maßnahme sollten die einheimischen Arbeiter firre gemacht werden. Die Ausländer dürfen zwar bei den Unternehmern arbeiten, aber sie dürfen sich ja nicht organisieren, denn sonst trifft sie die Ausweisungsbefehle, wie nachstehender Bescheid besagt.

Der Landrat. Schweidnitz, den 7. Juni 07.  
Z.-Nr. 5185.

An den Steinarbeiter Herrn Joseph Runze in Ströbel.

Nach den angeforderten Ermittlungen haben Sie sich als Ausländer (Oesterreicher) dadurch lästig gemacht, daß Sie sich bei Gelegenheit des gegenwärtig in der dortigen Gegend herrschenden Steinarbeiterstreiks in erheblicher (?) Weise an der Aufregung und Aufreizung (?) der bei der Firma Schall beschäftigten Arbeiter beteiligt haben. Da Sie dadurch die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet haben, werden Sie hiermit aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen und aufgefordert, das preussische Staatsgebiet binnen acht Tagen zu verlassen. Sollten Sie innerhalb dieser Frist dieser Aufforderung nicht nachkommen, so werden Sie mittels Transport über die Grenze geschafft werden. Außerdem weise ich Sie darauf hin, daß im Falle der unerlaubten Rückkehr in das preussische Staatsgebiet Ihre Bestrafung herbeigeführt werden wird. (Unterschrift unleserlich.)

Streikende Oesterreicher werden ausgewiesen, Streikbrecher aus demselben Lande werden dagegen mit offenen Armen empfangen. Der ausgewiesene Kollege Runze war ein äußerst tüchtiger und nuchterner Arbeiter; daß er die öffentliche Ordnung und Ruhe gefährdet haben soll, ist den Streikenden völlig unbekannt.

Kollegen aus Deutschland und Oesterreich, gebt den Streikbrecheragenten aus Schlesien die nötige Antwort, falls Arbeitswillige angeworben werden sollten, es muß alles daran gesetzt werden, um die Rigorosität der Unternehmer in Schlesien zu brechen.

## Ein „Muster“-Arbeitsvertrag.

Die Firma Winterhelt, Sitz Miltenberg a. M., hat ihren Arbeitern nachfolgenden Arbeitsvertrag zwecks eigenhändiger Unterschrift unterbreitet:

§ 1. Der unterzeichnete Arbeitnehmer verpflichtet sich nach Anordnung des obengenannten Meisters auf Bauten, Werkstätten oder sonstigen Stellen für den im Geschäft des Letzteren für den betreffenden Platz üblichen Lohn zu arbeiten, ganz einerlei, in welcher Stadt oder Gegend dieser liegt.

Ebenso erklärt ersterer sich bezüglich der Reise- und sonstigen Ankostenentschädigung ganz den im genannten Geschäft üblichen Berechnungen zu unterwerfen.

§ 2. Die Arbeitszeit ist ein zehnstündige und dauert von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr. Die Freistunden während derselben dauern von 8.25 bis 9 Uhr morgens, 12 bis 1 Uhr mittags und 3 bis 3.20 Uhr nachmittags. Bei störender Witterung oder sonstigen Hindernissen und anders gelagerten geschäftlichen Verhältnissen ist die Aenderung der Dauer der Arbeitszeit oder die sofortige teilweise oder gänzliche Einstellung der Arbeit dem Meister überlassen, ohne daß hierdurch dem Arbeitnehmer ein Anspruch auf Entschädigung erwächst.

§ 3. Der Arbeitnehmer verpflichtet sich zur pünktlichen Einhaltung und fleißigen Ausnützung der Arbeitszeit.

§ 4. Das Trinken von Wein ist auf den Bauten, wie in den Werkstätten nicht gestattet. Bei Trunkenheit, schlechtem Benehmen bei der Arbeit, Nichterfüllung der Arbeitszeit, eigenmächtigem Wegbleiben von der Arbeit, Nichtbefolgung der Anordnungen des Meisters oder dessen Stellvertreters, kann sofortige Entlassung stattfinden.

§ 5. Im übrigen kann Austritt und Entlassung mit einseitiger Kündigung jederzeit erfolgen. Die Lohnregelung geschieht sofort bei Lösung des Arbeitsverhältnisses.

§ 6. Die Feststellung des Lohnes bleibt dem Meister überlassen; der für die Stunde zu gewährende Lohnsatz wird je nach der Leistung festgesetzt.

§ 7. Jeder Arbeiter hat bei ihm treffendem Unfälle entweder persönlich oder durch sonst jemand dem Meister oder dessen Stellvertreter innerhalb 24 Stunden nach erfolgtem Unfälle genau Anzeige hierüber zu erstatten, bei deren Unterlassung sich der Arbeitnehmer etwaige nachteilige Folgen selbst zuzuschreiben hat.

Diese Bedingungen erkennen hiermit an:

Es soll nun kurz unsere Aufgabe sein, den Kollegen klar zu machen, was der Tarif ihnen Gutes bringt.

Im § 1 verpflichtet sich der Arbeiter für den Lohn zu arbeiten, den er von dem Meister einseitig festgesetzt bekommt. Es kommt noch in Betracht, daß es der Firma ganz gleichgültig ist, ob die Nacharbeiten an Bauten in einer Stadt vorgenommen werden, wo der Lohn schon tariflich mit den Unternehmern festgelegt und der Stundenlohn für Steinmehrgelöhnen weit höher ist als wie ihn die Firma Winterhelt dann zahlt. Im Schlusssatz des § 1 hat der Arbeiter sich bezüglich der Reise- und event. Ankostenentschädigung den im Geschäft üblichen Berechnungen — zu unterwerfen.

Was nun der Arbeiter eigentlich erhält, falls er auf Nacharbeit in eine Stadt geschickt wird, bleibt der wohlwollenden Ermäßigung der Firma anheimgestellt. Auch hier wird von der Firma das Kilometergeld, der Verpflegungssatz und die Erfrischungszulage einseitig festgesetzt.

Der § 2 setzt eine zehnstündige tägliche Arbeitszeit fest. Es muß doch der Firma Winterhelt (Inhaber Kommerzienrat Winterhelt, Ritter des Ordens vom heiligen St. Michael etc.) bekannt sein, daß eine Bundesratsverordnung besteht, wonach Steinbauer nur neun Stunden täglich beschäftigt werden dürfen. Allerdings besteht die Verordnung schon ziemlich lange (seit 1902) und da denkt wohl die Firma, es ist hohe Zeit, daß die Beschränkung der Arbeitszeit wieder aufgehoben und durch die Winterhelt'sche Verordnung ersetzt wird.

Im Schlusssatz des § 2 bleibt bei störenden oder anders gelagerten Verhältnissen dem Meister überlassen, die sofortige oder teilweise Einstellung der Arbeit zu verfügen.

Auch hier scheint der Firma unbekannt zu sein, daß es ein Aussetzen im Sinne der Gewerbeordnung nicht mehr gibt. Wenn die Firma infolge der anders gelagerten Verhältnisse keine Arbeit mehr für den Arbeiter hat, dann muß sie dem Arbeiter regelrecht kündigen.

Im § 3 wird die Verpflichtung übernommen zu fleißiger Ausnützung der Arbeitszeit und pünktlicher Einhaltung derselben.

Es ist eigentlich selbstverständlich bei den horrenden Löhnen, die gezahlt werden. Nur die Fassung ist etwas unklar, denn wenn der Arbeiter eine zwingende Notdurft zu verrichten hat in der Arbeitszeit, dann kann doch von einer fleißigen Ausnützung der Arbeitszeit nicht geredet werden. Unbedingt mühte hier eingeschaltet werden, die Notdurft darf nur während den Pausen verrichtet werden.

Um die Leistungen der Arbeiter zu erhöhen, empfehlen wir der Firma, den Arbeitern die pneumatischen Meißel anzuschaffen. Der Meister kann dann in seinem Wochenbericht genau angeben, wie viele Kilometer der betreffende Kollege abgearbeitet hat.

Der § 5 hat eine glückliche Fassung erhalten, denn wenn es einem Kollegen im Winterhelt'schen Eldorado nicht gefällt, dann kann er wenigstens in einem Tage austreten.

Im § 6 wird die Lohnfestsetzung dem Meister überlassen und der Stundenlohn wird je nach Leistung bezahlt.

Nach den vorhergehenden Paragraphen ist diese Fassung eine glückliche zu nennen. Denn das wäre noch schöner, wenn die Arbeitsverträge noch mitberaten würden, wieviel ihre Arbeitskraft wert ist; denn der Meister ist nur allein berechtigt, nach Würdigkeit, Dienstwilligkeit, steter Opferbereitschaft für den dreimal heiligen Profit die übrigbleibenden Brocken an die Arbeiter zu verteilen.

Im § 7 wird dem Arbeiter die Pflicht auferlegt, daß der Arbeiter bei einem erlittenen Unfall sofort an den Meister eine Meldung ergehen läßt, weil etwaige nachteilige Folgen er sich dann selbst zuzuschreiben hat. Wenigstens etwas sozialpolitischer Hauch, vielleicht erinnert sich auch die Firma, daß sie die Verpflichtung hat, den Berufsunfall anzuzeigen. In letzter Zeit sind einige Unternehmer wegen Außerachtlassung dieser schweren Verpflichtung zu horrenden Geldstrafen (5 bis 10 Mk.) verurteilt worden, und wird das sicher ein Abschreckungsmittel bilden für die pflichtvergessenen Unternehmer.

Im Schlusssatz fehlt nun leider noch, um den Akt zu vervollständigen, die Mitteilung an seine getreuen Knechte: Gegeben in Unserm Schlosse zu Miltenberg. Urkundlich usw.

Es ist ein Zeichen der Zeit, daß es die Firma jetzt wagt, in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges, ein solches Geschreibsel den Arbeitern vorzulegen.

Wir sind der Ueberzeugung, wären die Arbeiter bei der Firma größtenteils organisiert im Deutschen Steinarbeiterverband, sie hätte es nicht gewagt, einen solchen Akt loszulassen.

Den Kollegen wird aber durch diesen Erlaß erneut die arbeiterfreundliche Seite der Firma gezeigt, nur Pflichten verlangt sie von dem Arbeiter, aber Rechte werden ihm nicht zugewilligt.

Wie uns mitgeteilt wird, hat eine große Anzahl Kollegen die geforderte Unterschrift verweigert, es zeigt das, daß die Kollegen nicht gewillt sind, sich mit Haut und Haaren der Firma zu verschreiben.

Als Mahnruf soll dieser Arbeitsvertrag dazu dienen, den Kollegen zuzurufen: Organisiert euch im Deutschen Steinarbeiterverband.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Dieser Nummer liegt das Abrechnungs-Formular für das II. Quartal bei. Die Steinarbeiter-Verbreiter ersuchen wir, diese sofort an den Kassierer abzuliefern.

Die Jahresberichte für 1906 sind allen Zahlstellen, welche ihre Abrechnungen vom I. Quartal eingekandt haben, zugekandt. Sollte eine Zahlstelle übersehen sein, so bitten wir dieses hierher zu berichten. Die übrigen Zahlstellen erhalten die Jahresberichte, sobald die Abrechnungen eingekandt sind.

## Korrespondenzen

Berlin I. Am 7. Juni nahm eine gutbesuchte Mitglieder-versammlung Stellung zum Kampf im Baugewerbe. Einleitend führte der Vorsitzende Winkler aus, daß circa 60 Kollegen in Mitleidenschaft gezogen sind. Er bedauert, daß die in voriger Versammlung gegebenen Verhaltensmaßregeln nicht die genügende Beachtung gefunden haben. Leider sind erst 8 Kollegen abgereist. Zur einzuschlagenden Taktik teilt derselbe die recht bescheidenen Anforderungen der Organisationsleitungen der im Kampfe stehenden Bauarbeiter mit. Derselben verlangen einstweilen nur, daß die Steinarbeiter keine Arbeiten ausführen, die bisher von den im Kampfe stehenden verrichtet wurden. In der sehr lebhaften Diskussion wird die Sympathie mit den kämpfenden Bauarbeitern zum Ausdruck gebracht. Einige Redner wenden sich gegen die Zumutung, direkt mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten, d. h. Hilfeleistung derselben anzunehmen. Andere wenden sich gegen die vorgeschlagene Taktik überhaupt, weil ihnen dieselbe zu lau ist und sie glauben, den kämpfenden Bauarbeitern durch einen Solidaritätsstreik zu Hilfe kommen zu müssen. Ein sich bereits abgespielter Fall, wo unsere Kollegen in den Solidaritätsstreik traten, wurde eingehend besprochen. Der Vorsitzende ermahnt die Kollegen, sich nicht nur vom Gefühl leiten zu lassen, sondern die Zweckmäßigkeit besonders über den Solidaritätsstreik entscheiden zu lassen. Ferner weist er auf das bestehende Tarifverhältnis hin und bringt folgende Resolution, die gegen wenige Stimmen angenommen wurde, mit dem Bemerkten in Vorschlag, daß sich der Punkt 2

eigentlich nach den Erklärungen der beteiligten Organisationsleitungen erübrige, jedoch ruhig mit angenommen werden kann. Die Resolution lautet: „Die Steinarbeiter Berlins verpflichten sich, den ausgesperrten resp. streikenden Bauarbeitern ihre mögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen: 1. durch Verweigerung derjenigen Arbeiten, welche vor dem Kampfe von den Mauern resp. Hilfsarbeitern ausgeführt wurden, 2. durch Niederlegung der Arbeit in solchen Fällen, in welchen nach Maßgabe der beteiligten Organisationsleitungen ein Vorteil für die ausgesperrten resp. Streikenden herausspringt, 3. durch Ausübung eines moralischen Druckes auf eventuelle Streikbrecher in solchen Fällen, in denen ebenfalls nach Maßgabe der beteiligten Organisationsleitungen, eine Arbeitsverweigerung nutzlos wäre.“ Zur Unterstützungsfrage wird der Vorschlag des Vorstandes und der Platzvertreter, die in Mitleidenschaft gezogenen, sowie die arbeitslosen, verheirateten Kollegen vom 4. Tage an, vom Tage der Aussperrung an gerechnet, nach den statistischen Sätzen zu unterstützen, gutgeheißen und beschlossen: den Ortsausschuß vorläufig bis zur nächsten Versammlung auf 1 Mk. pro Tag zu erhöhen. Nachdem sich einige Interessenten dagegen gewandt, daß die Ledigen verpflichtet wurden, abzureisen und außer Reise-geld, welches sie als viel zu niedrig bezeichnen, keine Unterstützung bekommen, beschließt die Versammlung, den abreisenden Kollegen Reise-geld bis zu 15 Mk. (inklusive des statistischen Satzes) zu gewähren. Der Vorsitzende teilte mit, daß nach Mitteilung des Pinaer Vorstehenden in Berlin wahr-scheinlich Streikarbeit angefertigt wird. Der Vorstand wird beauftragt, den Fall zu untersuchen und eventuell weitere Maßnahmen zu treffen. Den streikenden Hilfsarbeitern (Mauern) der Firma Gebr. Frieske-Brig wird die gewünschte Solidarität gewährt. Die durch den Kampf im Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen haben sich täglich von 10 bis 12 Uhr bei Faber, Stephanstraße 11, zur Kontrolle zu melden.

Berlin II. In einer am 28. Mai abgehaltenen Mitglieder-versammlung wurde Stellung genommen zur Aussperrung resp. dem Streik im Baugewerbe. Der Vorsitzende verwies auf den Bericht im Vormärts. Er war der Meinung, daß, nachdem die Maurer ihre Taktik geändert, indem dieselben den Unternehmern jetzt Forderungen vorlegen, und überall da, wo diese nicht be-willigt werden, die Arbeit niederlegen, auch wir unsere Taktik ändern müßten. Vom Vorsitzenden von Berlin I wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Beschlüsse, die in der gemeinschaftlichen Sitzung gefaßt wurden, nicht eher geändert werden dürften, bis der Verband der Maurer an uns herantritt und etwas anderes fordert. Die Firma Diederhoff u. Neumann hat hier in Berlin Arbeit, dieselbe ist laut Vertrag ohne Maurer fertigzustellen. Hier wird nun die Maurerarbeit von unsern Kollegen selbst mit-gemacht. Mehrere Redner waren der Meinung, daß sich die Firma Maurer beschaffen müßte. Folgender hierauf bezüglicher Antrag wurde angenommen: „In Anbetracht des Kampfes im Baugewerbe haben die Kollegen der Zahlstelle Berlin II überall da, wo die Arbeiten laut Vertrag ohne Maurer ausgeführt werden sollen, die Arbeit zu verweigern. Dieser Antrag bezieht sich natürlich nur auf Verträge, welche während des Kampfes oder nach abgeschlossen werden. Es wurde vom Vorsitzenden bekannt gemacht, daß die Ledigen von der Aussperrung resp. dem Streik in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen sofort Berlin verlassen müssen.“

Wochun. Am 7. Juni fand hier eine Mitglieder-versammlung statt, welche gut besucht war. Der wichtigste Punkt war die Regelung der Lohnverhältnisse in den hiesigen Brüchen. Daß nämlich in zwei direkt nebeneinanderliegenden Steinbrüchen Preisunterschiede bis zu 15 Proz. herrschen, findet man wohl nirgends. Um nun die Differenzen zu beseitigen, beschloß die Firma, welche höhere Löhne bezahlt, soviel abzugeben, bis die Preise in beiden Brüchen gleich wären. Die Kollegen waren aber anderer Meinung. Einmütig wurde die Arbeit niedergelegt, und nach einer kurzen Unterhandlung wurden die Differenzen beseitigt, indem die Firma, welche bisher schlechtere Löhne zahlte, die Preise erhöhte. Für unsere junge Zahlstelle ist das gewiß ein guter Erfolg. Nachdem noch einige Worte über den Nutzen des Gewerkschaftsartikels gesprochen waren, wurde ein Delegierter dazu gewählt. Dann wurde beschlossen, die Versammlungen an jedem ersten Sonnabend im Monat ab-zuhalten.

Düsseldorf II. Die Marmorarbeiter Düsseldorf's sind am 1. Juni in eine Lohnbewegung getreten. Sie fordern 70 Pfg. Minimallohn und Aufbesserung der Akkordpreise, sowie die zehnstündige Arbeitszeit. Die Verhandlungen mit den Meistern stehen noch aus. Die Unternehmern haben in der letzten Zeit ihre Organisation gut ausgebaut, so daß es den Anschein hat, als müßte es zum Kampfe kommen. Die Schmutzkonturrenz am Orte ist allerdings sehr groß, aber gerade deshalb ist der Abschluß eines Tarifvertrags unter allen Umständen anzustreben. Der Gauleiter hat uns bereits beachtenswerte Winke zur Durchführung der Lohnbewegung gegeben.

Düsseldorf. Folgende hiesige Steinmehmeister sind dem Unternehmerverband beigetreten: Liebetrau, Overhardt, Arnold, Müller, Wahgan, Sneyer, Gaade, Haarfeld, Mattler, Schröder, Feldmann, Stump, Meyer, Wilmann, Beckmann und Kreiß. Ob die Steinarbeiter in Düsseldorf nun so vernünftig sind, und sich unserm Verbande anschließen, ist eine andere Frage.

Frankfurt a. M. Der Besuch unserer am 2. Juni im Gewerkschaftshaus tagenden Mitglieder-versammlung ließ trotz der wichtigen Tagesordnung viel zu wünschen übrig. Der haupt-sächlichste Punkt derselben behandelte die jetzigen Lohnverhältnisse der Bausteinmehner. Bekanntlich hatten wir voriges Jahr bei Beendigung unsres Streiks mit einer erheblichen Anzahl Firmen Verträge abgeschlossen, laut welchen sich dieselben schriftlich verpflichteten, vom 1. Mai d. J. ab einen Minimalstundenlohn von 65 Pfg. zu bezahlen. Allein trotz ihrer Unterschrift hielt es die große Mehrzahl der betreffenden Meister nicht unter ihrer Würde, ihr gegebenes Wort zu brechen und bezahlen den Gesellen den alten Stundenlohn ruhig weiter. Da die weitaus meisten Arbeiter fertig aus den Brüchen kommen, wobei meistens noch einige Steinmehner zur Nacharbeit mitgeschickt werden, so haben hier unsere Kollegen gegenwärtig einen schweren Stand, um mit Nachdruck die gestellten Forderungen vertreten zu können. Es ist daher leicht begreiflich, wenn auch nicht zu entschuldigen, daß die betreffenden Kollegen nicht einmal den Mut fanden, ihre berechtigten Lohnansprüche auf dem Gewerbeamt gesetzlich zur Geltung zu bringen. Wir müssen auch konstatieren, daß die zureisenden Kollegen sich meistens nicht vorher über die Lohn-verhältnisse erkundigen. Vom Ausschuß für Volksvorlesungen war uns ein Vortrag über Genossenschaftswesen in Aussicht gestellt worden, leider war aber der Referent irrtümlicherweise zu spät erschienen. Der Vortrag findet nun in der nächsten Versammlung bestimmt statt. Nachdem der Schriftführer auf die Wichtigkeit einer guten Statistik aufmerksam gemacht hatte, forderte der Vorsitzende nochmals zur kräftigen Mitarbeit zu unserm am 16. Juni stattfindenden Sommerfest auf. Danach wurde die Versammlung geschlossen.

Görlitz. Am 8. Juni tagte hier eine Mitglieder-versammlung der Steinarbeiter. Der Delegierte vom Kartell erstattete Bericht und wurde ein Antrag angenommen dahingehend, daß der Gewerkschaftssekretär auch an unorganisierte Rat erteilen möge, da dies erzieherisch wirken würde. Gerügt wurde, daß der abgeschlossene Tarif noch nicht ins Reine geschrieben ist. Der Tarif ist vier Wochen abgeschlossen, ist aber noch nicht unterzeichnet. Auch wurden über die Grenzstreitigkeiten Klage geführt, da der Transportarbeiterverband uns Mitglieder abgenommen hat und indem dort weniger Beiträge gezahlt werden. Zu Statistikern wurden die Kollegen Kladek, Winter, Seppenc

und Erner gewählt. Dann wird ein Ausflug in das Bruchgebiet nach Königshain geplant. Dann wurde die höchst stürmische, aber reinigend wirkende Versammlung nachts um 11 Uhr geschlossen.

**Gotha.** Am 4. Juni fand im Gewerkschaftshaus unsere Monatsversammlung statt, welche gut besucht war. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde einstimmig beschlossen, den erhöhten Beitrag von 60 Pf. pro Woche vorläufig bis 1. Oktober bestehen zu lassen. Weiter kam ein Schreiben des Innungspräsidenten zur Verlesung, welches besagt, daß die Firma C. U. Merkel auf den bestehenden Tarif 10 Proz. Zuschlag bewilligt hat. Des weiteren erstattete die von uns eingesetzte Baustellenkontrollkommission betriebs der Bundesratsverordnung Bericht. Sie führte aus, daß die Maurer, welche Steinmeharbeiten verrichten, sich nicht im geringsten nach der Bundesratsverordnung richten, diese arbeiten noch 10 Stunden. Die Kommission wurde beauftragt, sich beschwerdeführend an den Gewerbeinspektor zu wenden, damit einmal diesen Zuständen abgeholfen wird. Desgleichen wurde noch von den Kollegen Klage geführt über die Revision des Herrn Gewerbeinspektors, der wohl darauf sehe, daß alle Vorschriften richtig aushängen, aber sich nicht genügend darum bekümmere, ob sie auch eingehalten werden. Von den Kollegen der Sandsteinbranchen wird darüber Klage geführt, daß die Firma Höpfeld im Steinarbeiter und auch anderweitig Steinmehren sucht, obgleich für die hier Beschäftigten nicht genügend Rohmaterial vorhanden ist.

**Hamm.** Am 2. Juni tagte unsere Monatsversammlung. Tagesordnung: Besprechung über den weiteren Ausbau der Organisation. Hierüber sprach Kollege Schotte ungefähr folgendes: Kollegen, es herrscht noch zu wenig Einigkeit und Brüderlichkeit in unsern Reihen. Das muß anders werden. Es heißt jetzt, unsere Organisation weiter auszubauen. Wir müssen gegenseitig alles aufbieten, um ein besseres und geschlossenes Zusammengehen zu erreichen. Wenn mal einer die Wahrheit gesagt bekommt, dann nicht gleich zürnen, oder sogar von den Versammlungen fern bleiben. Es kann jeder mal einen Fehler machen. Dann müssen wir doch die Erkenntnis haben und denken, der hat recht. Wenn dann jeder so seine ganze Kraft dran setzt, dann werden wir das nächste Jahr das erreichen, was wir bis jetzt noch nicht erzielt haben. Die neunstündige Arbeitszeit muß erzwungen werden.

**Herbede i. B.** Die am 2. Juni, abends 9 Uhr, einberufene Versammlung war außerordentlich stark besucht. Als Referent war unser Gauleiter Herrmann erschienen. In seinem Vortrage, der sehr ruhig vorgetragen wurde, schilderte er, wie die Unternehmerverbände immer stärker werden, und da müsse naturgemäß auch die Arbeiterklasse sich immer enger zusammenschließen. Er kam dann weiter auf die Ausweisung der fünf italienischen Kollegen zu sprechen und teilte mit, daß ein Ausweisungsgesetz auf dem Ausweisungsbefehl nicht angegeben sei. Er gab der Meinung Ausdruck, daß hier vielleicht die Herbeder Unternehmer die Ausweisung beantragt hätten. Des weiteren erwähnte er die italienischen Kollegen, trotz alledem treu zum Verbands zu stehen, dann wären die Kollegen doch Sieger in dem aufgedrungenen Kampfe. Des weiteren teilte er mit, daß die Familien der ausgewiesenen Kollegen unterstützt würden. Nun erhob sich der überwachende Beamte und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Allgemeines Erstaunen! Der Gauleiter fragte sofort nach dem Grunde der Auflösung. Es wurde ihm aber gesagt, der Grund werde nicht angegeben. Trotzdem nun aber gesagt, der Grund werde nicht angegeben. Trotzdem nun aber gesagt, der Grund werde nicht angegeben. Trotzdem nun aber gesagt, der Grund werde nicht angegeben.

**Herbede i. Westf.** Die am Mittwoch, den 5. Juni, stattgefundene Versammlung war sehr stark besucht. Gauleiter Ad. Herrmann hielt ein Referat über: Die Lohnbewegung unter den Steinarbeitern zu Herbede. Der Redner gab eine genaue Schilderung über die derzeitigen Lohnverhältnisse in den Herbeder Steinbrüchen. An Beispielen zeigte er, wie verschieden ausgezahlt wird. Ein fester Tarif ist nicht vorhanden, daher kamen auch die fortwährenden Differenzen über das Bezahlen der Werkstücke. Im weiteren gab er den Kollegen Aufklärung über die Bedeutung der Tarife. Auch bei den Unternehmern habe sich die Ansicht geändert, denn früher waren die Unternehmer nur sehr schwer zu bewegen gewesen, mit uns in Tarifverhandlungen einzutreten. Allmählich haben sie aber doch erkannt, daß sich, wenn ein Tarif mit dem Verbands abgeschlossen ist, die Lohnunterschiede viel ruhiger abwickeln und sie auch eine feste Norm haben, wenn sie bei Submissionen ihre Angebote einreichen. Des weiteren gab er noch den Inhalt von verschiedenen Tarifabschlüssen bekannt und zeigte an diesen Beispielen, in welcher Form Tarifverträge abgeschlossen werden. Zum Schluß seiner Ausführungen gab er noch den Briefwechsel bekannt, den er dieserhalb mit Herrn Gauß, dem Vorsitzenden der Meister, gehabt habe. Da von Herrn Gauß bei dem Gauleiter die Antwort eingetroffen sei, er wolle die Meister in den nächsten Tagen zu einer Sitzung einladen, so empfahl er den Kollegen, eine Lohnkommission zu wählen, die gemeinschaftlich mit den Arbeitgebern einen Arbeitstarif aufstellen soll. Er erwähnte aber einträglich die Kollegen, in der Agitation nicht zu erlahmen; auch der letzte noch fernstehende Kollege müsse in den Verband, denn der erste Erfolg, daß die Meister mit uns unterhandeln wollen, sei nur der guten Organisation und der Einigkeit unter den italienischen und deutschen Kollegen zu danken. (Beifälliger Beifall.) In der Diskussion waren alle Redner mit den Ausführungen einverstanden. In die Lohnkommission wurden zwei deutsche und zwei italienische Kollegen gewählt, außerdem zwei Ersatzleute. Den Vorsitz in der Lohnkommission führt Kollege Wagner. Im Schlußwort erwähnte der Gauleiter die Kollegen, immer so zahlreich wie heute die Versammlungen zu besuchen, das Flugblatt aufmerksam zu lesen und sich durch das Lesen guter Bücher weiter fortzubilden, und stets des Wortes eingedenk sein: „Einigkeit macht stark.“ Der Vorsitzende schloß die imposante und vollständig ruhig verlaufene Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Steinarbeiterverband.

**Höchst i. D.** Am 2. Juni fand in Sandbach bei Adam Reuter eine Steinarbeiterversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Als Referent war Gauleiter Kraft anwesend, der den Kollegen in sehr trefflicher Weise den Wert der Organisation schilderte. In der darauffolgenden Diskussion führte der Vorsitzende Wolf aus, daß es in letzter Zeit mit der Beitragszahlung schlecht bestellt ist und einige Kollegen sehr im Rückstande sind. Er ersuchte die anwesenden Kollegen, sich hierüber schlichtig zu werden, was mit diesen Säumigen für die Folge gemacht werden soll. Daraus wurde dann ein Vorschlag des Kollegen Kraft angenommen, die Ortsverwaltung Höchst möchte die betreffenden Kollegen noch einmal schriftlich auffordern, ihre Beiträge weiter zu bezahlen. In der am 16. Juni in Rimhorn stattfindenden Mitgliederversammlung soll über das weitere beschlossen werden. Nach einigen Aufnahmen und dem Schlußwort des Gauleiters Kraft wurde die Versammlung geschlossen.

**Kobersbain (Zahlstelle Wurzen).** Am 1. Juni tagte hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, die sich mit den Maßnahmen des Herrn Wolf in Wildschütz beschäftigte. Der Vertreter des Hauptverbandes, Kollege Waltherr, hielt zunächst einen äußerst interessanten Vortrag über die Entwicklung der Gewerkschaften. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Beim 2. Punkte sprach Bezirksleiter Noack über das Benehmen des Herrn Wolf. Herr Wolf hat öffentlich im Gasthof zu Collmen

erklärt, daß er nicht nötig habe, seine Leute besser zu bezahlen, denn diese seien froh, wenn sie nur 10 Mk. verdienen. Eine Reihe von Mißständen führte Noack noch an, welche im Wolf'schen Betriebe herrschen sollen. Nachdem noch eine Reihe Mitglieder das Benehmen des Herrn W. kritisiert hatten, wurde eine Resolution angenommen, welche besagt, daß sich die hiesigen Kollegen das Koalitionsrecht nicht illusorisch machen lassen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Waltherr erreichte die interessante Versammlung ihr Ende.

**Madeweiler.** Am 26. Mai fand hier im Gasthause Brandel eine Steinarbeiterversammlung statt. In seinem Referat legte Kollege Waldhardt den Anwesenden dar, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Was die hiesige Zahlstelle anbetrifft, so hat sie in letzter Zeit an Mitgliedern zugenommen, obwohl die letzte Aussperrung für uns einen Rückschlag brachte. Damals war die Situation der Unternehmern günstig, heute würden diese Herren eine Aussperrung nicht mehr riskieren. — Anmerkung des Kassierers: Diejenigen Kollegen, die noch mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, mögen diese bald begleichen, andernfalls wird laut § 3, Abs. 5, des Statuts verfahren.

**Mittelsteine.** Am 2. Juni tagte hier in der Villa Nowa unsere Monatsversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Krappo in der üblichen Weise geehrt. Zum ersten Punkt wurde Kollege Heinrich Nabe vorläufig zum Vorsitzenden der Zahlstelle ernannt. Da hier gegen 80 Italiener arbeiten, wurden die wichtigsten Punkte des Statuts erläutert. Die Versammlung behaupte ferner, daß die Kollegen Starke und Staudinger von Leipzig im Streitgebiet gewesen sind, welches doch so nahe liegt, und uns nicht einer besucht hat. Wir hätten auch einmal einen belehrenden Vortrag anhören können. Aber die Heuschauer ist eben hinten angeheft, (?) das hat unsere Lohnbewegung bewiesen. Auch der Gauleiter hätte pünktlicher sein müssen, als es sich um die Lohnbewegung bei der Firma Nagel handelte. Oder soll das die Strafe sein wegen den Fehlern in den Kassenbüchern? Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde das Abstreifen verschiedener Kollegen besprochen. Es ist eine Unsitte, ohne Verbandsbuch abzureisen, wobei Zeit hat jeder noch übrig, sein Buch in Ordnung zu machen. Es wurde deshalb beschlossen, kein Buch mehr unter Nachnahme zu schicken.

(Auch die Mittelsteiner Kollegen konnten soviel wissen, daß bei einem so großen Streit die Vorstandsvertreter nicht nach Belieben in den umliegenden Zahlstellen Versammlungen abhalten können. Auf der Varenhaut haben Starke und Staudinger bei ihrer Anwesenheit im Streitgebiet sicherlich nicht gelehrt. Der Vorwurf gegen Lohse scheint auch ungerechtfertigt zu sein. Unsere Gauleiter haben mehr zu tun, als wie auf Telegramme aus den Zahlstellen zu warten und dann sofort mit Autogeschwindigkeit nach dem einen oder anderen Ort abzureisen. Die Redaktion.)

**Nördlingen.** Wie überall wird auch hier bei der Firma Wetter im wilden Afford gearbeitet. Um nun diese unwürdige Entlohnung abzustellen, legten die Steinmehren einen Vertrag vor. Am 7. Juni sollten in Gegenwart des Gauleiters die Unterhandlungen tagen. Die Firma gab aber zu erkennen, „daß sie sich nicht binden lasse“. Der Herr Polier May glaubte noch seine Arbeiterfreundlichkeit dadurch zeigen zu müssen, daß er einigen Kollegen, den „Gebern“, die Schuld der Bewegung in die Schuhe schob. Die Verbandsmitglieder beschlossen hierauf, die Sperre über den Werkplatz Wetter in Nördlingen zu verhängen, und werden insbesondere die Münchner Kollegen gebeten, dieses zu beachten.

**Ochsenburg.** Am 9. Juni hielt die hiesige Zahlstelle eine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Es ließen sich vier Kollegen in den Verband aufnehmen. Die Mitgliederzahl ist auf 24 gestiegen. Die Zahl der Mitglieder könnte noch größer sein, wenn sich die uns noch fernstehenden Kollegen ihrer trostlosen Lage besser bewußt wären. Dann sprach unser bewährter Vorsitzender, Kollege Kauter, über Zweck und Nutzen der Organisation. Er betonte, wenn sich die Kollegen schon früher dem Verbands angegeschlossen hätten, dann hätten wir sicherlich auch in unserm Gebiet ein geregeltes Arbeits- und Lohnverhältnis. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, eifrig zu agitieren und nicht eher zu ruhen, bis sich der letzte Mann dem Verbands angegeschlossen hat.

**Schmalzalen.** Die Arbeitsverhältnisse sind hier nicht die besten. Herr Polier Troger ist bemüht, immer fremde Leute heranzuziehen, ganz gleichgültig, wie lange die Herbeizitierten Beschäftigung finden. Mit besonderer Vorliebe werden „Unorganisierte“ eingestellt; man weiß, daß sich dieselben alles bieten lassen. Der Polier Troger war längere Zeit Mitglied unseres Verbandes, aber die Grundsätze einer Gewerkschaftsorganisation scheint er nicht mehr zu kennen. Der Steinmeh Bernhard Hartmann scheint seine Gesinnungstüchtigkeit dadurch bewiesen zu haben, daß er vor den Augen Trogers sein Verbandsbuch zerriß. Die Lohnverhältnisse sind am Orte äußerst niedrige zu nennen. Abreisende müssen meist zu Fuß von hier abwandern.

**Schwarzenbach.** Der Streit ist bekanntlich für uns günstig beendet. Wir wollen hier die Abrechnung mitteilen:

Einnahme.	
An Streikunterstützung von der Zentralleitung	15 909.— Mk.
Zuschuß von unserer Lokalkasse	459.— "
Darlehen	600.— "
Auf Sammellisten	150.92 "
Von Gewerkschaften am Drie: Textilarbeiter	160.— "
" " Porzellanarbeiter	71.70 "
Summa:	17 350.62 Mk.
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung	16 450.95 Mk.
" abgereifte Streikende	315.— "
" anderweitig Untergebracht	290.48 "
" Flugblatt-Druckkosten	36.— "
" Diverfes	154.50 "
" Porto, Schreibmaterial und dergleichen	90.76 "
Summa:	17 337.69 Mk.

Bilanz.	
Einnahme	17 350.62 Mk.
Ausgabe	17 337.69 "
bleibt Kassenbestand:	12.93 Mk.

Die Kollegen ersehen hieraus wieder zur Genüge, daß der Steinarbeiterverband sehr wohl leistungsfähig und auch imstande ist, es jederzeit mit dem Industriellenverband aufzunehmen. Der Verband ist den Rechten der Kollegen in jeder Weise voll und ganz nachgekommen; wir richten daher an diejenigen Kollegen, die es bis jetzt mit ihren Pflichten dem Verbands gegenüber nicht so genau nahmen, das dringende Ersuchen, der Beitragsleistung künftighin besser nachzukommen. Dadurch würde auch den Verwaltungspersonen ihr nicht beneidenswertes Amt wesentlich erleichtert und viele persönliche Reibereien gänzlich vermieden werden. Dieser Streit hätte viel früher beigelegt werden können, wenn nicht einige Unternehmer so hartköpfig gewesen wären, diese drohten, die Arbeiter doch noch klein zu kriegen. Die Steinarbeiter haben den Wert einer geschlossenen Organisation längst erkannt, möchten das die Unternehmer auch zukünftig beherzigen. Für uns aber erwächst erneut die Pflicht, fest zusammen zu halten wie bisher, alle Quertreibereien zu unterlassen, die noch fernstehenden Kollegen aufzuklären und dem Steinarbeiterverband zuzuführen, damit uns Fälle, wie die letzte Aussperrung, nicht im geringsten überraschen können.

**Ströbel.** Am 9. Juni fand eine äußerst gut besuchte Versammlung statt. Sämtliche Streikende und ein großer Teil

bürgerliche Gewerbetreibende der Umgegend waren anwesend. Genosse Schneidewind-Breslau referierte über die allgemeine wirtschaftliche Lage des Arbeiters. In der Diskussion sprach Kollege Lohse über den gegenwärtigen Stand des Streiks. Die Vermittlungsversuche des Gewerbeinspektors von Schweidnitz und des Landrats von Strehlen kamen zur Sprache. Eine Einigung kam nicht zustande trotz des Entgegenkommens unsererseits. Vollständige Unterwerfung fordern die Unternehmer und stehen auf einem Herrenstandpunkt, der mehr in die Zeit der Leibeigenschaft, als in unsere gegenwärtige Zeit paßt. Bedauerlicherweise stellte sich der Herr Landrat ganz auf die Seite des Herrn Schall. Auf die Zumutungen genannten Unternehmern konnten unsere Lohnkommissionsmitglieder nicht eingehen. Die Beschimpfungen eines Bruchbesizers gegen unsere Vorstandsmitglieder Starke und Staudinger wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Gerade diese Kollegen sehen ihre ganze Kraft und Fähigkeiten in den Dienst der Arbeitersache, ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit zu nehmen. Gefragt sei, daß sie ihren Tribut während ihrer praktischen Tätigkeit den Unternehmern ebenfalls brachten. Auf jeden Fall verfügen sie über mehr „fachtechnische“ Kenntnisse als die Mehrzahl der Ströbeln-Strehleiner Granitindustriellen. Weiter wies Lohse nach, daß die hiesigen Unternehmer nur auf Kosten der Arbeiter sich ihre ungeheuren Reichtümer ansammelten. Wie rücksichtslos die Bruchbesizer sind, beweist die Ermittlung der streikenden Arbeiter. Ganz gleich ob franke Kinder oder erst entbundene Frauen in der Familie vorhanden sind, sie werden laut Richterpruch obdachlos gemacht. Ihres Christentums und ihrer Nächstenliebe rühmen sich die Herren sonst oft. Des Sonntags wandern die Bruchbesizer mit frommen Augen aufschlag und dem Gebetbuch unter dem Arm zur Kirche und laufen den herrlichen Worten von Menschenliebe und Pflicht. Das praktische Christentum wird durch die Ermittlung bewiesen. Ein Unternehmer, der als besonders menschenfreundlich bekannt ist, erklärte dieser Tage: „Und wenn die Steinarbeiter Steine freissen müssen, bewilligt wird nichts.“ Einen Tarif wollen sie nicht abschließen, und zwar infolge der Verschiedenheit des Materials. Die Arbeiter sollen also folglich das Risiko übernehmen, die Hauptsache, wenn der Unternehmer keinen Schaden hat. Die Betriebe rentieren sich sogar sehr gut. Bei Vorbund und Werksteinen wird ungefähr 15—20 Proz. billiger gearbeitet als im Striegauer Gebiet, und bei jeder Lohnbewegung der Striegauer Kollegen weisen diese Unternehmer auf die Ströbelner Konkurrenz hin. Kollege Kaufmann überbrachte den Streikenden die Sympathien der Striegauer-Gäßlicher Kollegen und er führte aus, die Verhältnisse in Ströbel, Qualkau und Gublau am besten zu kennen, da er jahrelang hier gearbeitet habe, und die Striegauer und Gäßlicher ein großes Interesse hätten, wenn die Löhne hier aufgebessert würden. Leider ist die Interessengemeinschaft der Unternehmer so groß, daß die Striegauer Bruchbesizer ihre schlimmste Konkurrenz unterliegen. Beim letzten Striegauer Streik fragten die hiesigen Arbeitgeber nicht danach, ob die Arbeiter aus dem Streitgebiet kamen, alle wurden eingestellt. Jetzt geschieht das Gegenteil. Dem Kollegen Kunze, dem die Ausweisungsbefehle zugegangen ist, wurde von den Versammelten gedankt für seine ganze Tätigkeit. Trotz alledem wird der Kampf in gehobener Schärfe weitergeführt, und die Einigkeit ist noch so vorhanden wie am Anfang des Kampfes. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Auch fand in Strehlen am selben Tage eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Staudinger referierte. Die Lohnkommission erstattete Bericht von den Verhandlungen auf dem Landratsamt. Ein Kollege der Kommission meinte, nachdem er selbst gehört hätte, wie der Herr Landrat gegen Staudinger auftrat, sei ihm klar geworden, daß aus den Verhandlungen nichts herauskäme. Redner meinte, wir sind jederzeit bereit, zu verhandeln, auf das Strehleiner Landratsamt aber gehe die Kommission nicht mehr. An der weiteren Debatte nahm Gauleiter Joppich vom Fabrikarbeiterverband das Wort, um im allgemeinen zu zeigen, wie die Unternehmer gegen die Arbeiter vorgehen. Auch hier ist unter den Streikenden die Stimmung eine sehr gute.

**Seebach.** Am 26. Mai hielten die Pflastersteinhauer von hier Versammlung ab, welche von 87 Kollegen besucht war. Gauleiter Hugo Braun aus Straßburg referierte über den ablehnenden Bescheid des Herrn Müller gegenüber der Lohnkommission. Redner beklagte die peinlich unerschämten Äußerungen des Unternehmers, welche letzterer Braun zusandte, mit folgendem Inhalt: „Solange diese unmündigen Kinder einen Vormund bedürfen, unterhandelt er nicht“. Die Kollegen wollten damals schon beschließen, die Arbeit am 27. niedergulegen. Braun riet aber davon ab. Der Gauleiter ersuchte nun den Bürgermeister Meier von Seebach aufs freundlichste, den Unternehmer Müller und die Lohnkommission aufs Rathaus bestimmen zu wollen. Der Bürgermeister teilte dem Vorsitzenden Kopp mit, zu solchen Verhandlungen fühle er sich nicht genötigt. Auch übernehme er die Funktion als Schlichter nicht. Da nun die beiden Termine abgelaufen sind, ohne eine Einigung zu erzielen, legten sämtliche 98 Kollegen am 31. Mai die Arbeit nieder. — Die Streikenden werden größtenteils abreißen. Herr Müller wird allerdings dabei ein saures Gesicht ziehen. Wenn auch der Herr Bürgermeister von Seebach eine Vermittlung ablehnte, so sind die Streikenden noch immer der Meinung, daß auch ohne Bürgermeister der Kampf zu unseren Gunsten beendet wird.

**Weinsberg.** Am 1. Juni hielten die Steinarbeiter ihre übliche Monatsversammlung im Adler ab, wobei auch einige noch nicht organisierte Steinbrecher anwesend waren. Diese erklärten sich bereit, dem Verbands beizutreten. Der Vertrauensmann Hörner teilte mit, daß Gauleiter Braun-Straßburg zugesagt habe, baldigst hier eine Versammlung abzuhalten. Es wurde der Antrag gestellt, daß die Kollegen von Heilbronn, welche hier in Arbeit stehen, auch hier ihre Verbandsbücher abzugeben haben. Es kam schon einmal vor, daß die betreffenden die Ausrede gebrauchten, sie bezahlten in Heilbronn. Bei genauer Information stellte sich heraus, daß diese Kollegen aber auch keinen Pfennig bezahlten. Der Vorsitzende wurde noch beauftragt, Kontrollkarten anfertigen zu lassen. Zum Schluß wurden noch einige Werkplatzmißstände besprochen.

**Wiesbaden.** In hiesiger Zahlstelle geht es seit geraumer Zeit mit der Organisation zurück. In einer alten Zahlstelle dürfte das nicht vorkommen. Der Versammlungsbesuch war in den letzten fünf Versammlungen folgender: 27, 36, 23, 17, 22. Diese Ziffern sind beschämend bei einer Mitgliederzahl von 80—90 Kollegen. Die Beitragszahlung gibt noch ein viel schlechteres Bild wie der Versammlungsbesuch, indem ein Drittel der Mitglieder mit ihren Beiträgen 6—13 Wochen im Rückstande steht, trotz aller Mahnungen des Kassierers, wie Platz- und Sonntagskassierer; doch alle Mühe umsonst. Und so wurde den betreffenden Restanten der Versammlungsbeschluss brieflich zugesandt, ihre rückstehenden Beiträge bis 1. Juli zu begleichen, andernfalls sie gestrichen werden. Doch da waren auch schon einige „Müßer Kollegen“ da, welche uns den Beweis lieferten, wie es mit dem angeblichen Terrorismus der freien Gewerkschaften aussieht, indem die betreffenden den Schwindel verbreiteten, sie wären gezwungen, ihr Geld dem Verband zu opfern, wodurch sie ihre Familien verhungern lassen müßten, bez. ihren sonstigen Verpflichtungen nicht nachkommen könnten. Wichtig ist, daß durch Alkohol und Wau machen ihnen jede Fähigkeit fehlt, ihre Pflichten zu erfüllen. Auch das Denunzieren beim Meister und die persönlichen Reibereien spielen hier eine traurige Rolle. Zu oben angeführten Mißständen tragen auch noch die hiesigen Arbeitsverhältnisse bei, da die Kollegen auf einer großen Anzahl Werkplätzen und Bauten beschäftigt sind, wodurch die Agitation unter ihnen sehr schwer fällt. Wie in so mancher Zahlstelle, mag der frühere Kassierer durch seine nicht ordnungsmäßige Kassenführung, die schlechte Beitragsleistung



## Stetig steigend.

Die neueste Nummer des Korrespondenzblattes der General-Kommission bringt die Zahlen über die Mitgliederzunahme der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906. In diesem Jahre ist die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter um nicht weniger als 367 982 gestiegen, so daß am 31. Dezember 1906 die Gesamtsumme der in den freien Gewerkschaften vereinigten Lohnarbeiter 1 797 285 betrug. Die Zahl für 1906 stellt einen Rekord dar. Bisher stand das Jahr 1905 mit einer Vermehrung von 316 084 an der Spitze. Jetzt ist die Ziffer um rund 50 000 überholt. Ein Erfolg, auf den jeder Klassenbewußte Arbeiter stolz sein kann. Im einzelnen stellte sich die Zunahme folgendermaßen dar:

Ergebnis der Mitgliederzahlen am 31. Dezember

	1905:	1906:
1. Baugewerbe . . . . .	307 878	382 567
2. Metallindustrie . . . . .	297 976	378 555
3. Textilarbeiter . . . . .	77 808	111 582
4. Handels- und Transport-Gewerbe . . . . .	78 193	122 511
5. Bergarbeiter . . . . .	105 060	110 247
6. Bekleidungsindustrie . . . . .	78 495	91 273
7. Holzindustrie . . . . .	149 240	170 282
8. Nahrungsmittelindustrie . . . . .	72 225	88 055
9. Gastwirtschaften . . . . .	8 908	6 309
10. Gärtner . . . . .	4 017	4 580
11. Industrie der Steine und Erden . . . . .	48 830	57 840
12. Papier- und Lederindustrie . . . . .	40 977	47 125
13. Polygraphische Gewerbe . . . . .	67 049	77 889
14. Sonstige Berufe . . . . .	98 147	148 620
Summa: 1 429 308	1 797 285	

Wie das Korrespondenzblatt mitteilt, zeigen die bisher vorliegenden Zahlen für 1907 ein gleiches Tempo des Wachstums. Es ist also die begründete Aussicht vorhanden, daß in demselben Jahre die freien Gewerkschaften 2 Millionen Mann in ihren Reihen müßten werden, in dem die herrschenden Klassen sich rühmten, die deutsche Sozialdemokratie niedergedrückt zu haben.

Diese rauschenden Erfolge verdanken die Gewerkschaften mannigfachen Umständen. Zunächst der günstigen Wirtschaftskongunktur. Wenn auch die deutschen Gewerkschaften, wie die Jahre 1900—1903 bewiesen haben, über das Stadium hinaus sind, daß sie jeden wirtschaftlichen Niedergang mit einem Niedergang ihrer Mitgliederzahlen zu bezahlen hätten, so drückt sich doch umgekehrt ein wirtschaftlicher Aufschwung in jenem ganz besonders lebhaften Aufschwung der Mitgliederzahlen aus.

Weiter aber kommt hinzu, daß in den freien Gewerkschaften durch Schaffung von Unterstützungseinrichtungen die Agitation gegen früher bedeutend erleichtert wurde. Unsere Gewerkschaften betreiben seit Jahren die Agitation in einer so planmäßigen Weise, daß beinahe jeder Mißerfolg ausgeschlossen erscheint. Wir sagen es ohne Übertreibung, daß in dieser Beziehung die Partei von den Gewerkschaften manches lernen könnte.

Die Aussperrungswut der Unternehmer verfehlte auf die Indifferenten ebenfalls ihre Wirkung nicht. Die Brutalität der Kapitalisten erweist sich in vielen Fällen als beste agitatorische Wirkung für unsere Ideen. Wenn die Christlichen und Girsch-Dunderschen auch alle Gebel in Bewegung setzen, gegen die Werbestraft der „freien Gewerkschaften“ ist nicht im geringsten anzukämpfen. Gerade der Steinarbeiterverband kann sich rühmen, in etlichen Gebieten mit streng katholischer Bevölkerung Tausende von Mitgliedern zu haben.

Wiederum haben also unsere Gewerkschaften in einem Jahre einen Mitgliederzuwachs gehabt, der bedeutend höher ist, als das Gesamtergebnis der bisherigen Organisationsarbeit der Christlichen, der stärksten Sondergruppe der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Unter solchen Umständen brauchen wir keineswegs zu befürchten, daß die vorhandenen Sonderorganisationen unsern weiteren Vormarsch ernsthaft hindern könnten. Daran werden auch die Bestrebungen der Unternehmer und ihrer Agenten, die auf die Gründung gelber Streikbrecherorganisationen gerichtet sind, nichts ändern. Um so mehr, als auch die diesjährige

Gewerkschaftsstatistik, wie bisher, unzweifelhaft den Nachweis erbringen dürfte, daß die Leistungsfähigkeit unserer Gewerkschaften in demselben Maße gestiegen ist, wie ihre Mitgliederzahl. Erhöhte Leistungsfähigkeit aber bedeutet ohne weiteres höhere Werbestraft.

Ein Jahr des Kampfes und der organisatorischen Erfolge war das Jahr 1906. Daß auch unsere Kämpfe erfolgreich waren, hat selbst die auf Polizei- und Unternehmerberichten basierende amtliche Streikstatistik nachweisen müssen. Mögen auch vereinzelt Niederlagen zu verzeichnen sein, auch diese werden nur dazu dienen, die Kraft der gewerkschaftlichen Bewegung durch entsprechenden Ausbau der Organisation zu heben.

## Die Gelben.

Die selbständige Arbeiterorganisation, und mit ihr die auf ehrliche Wahrung der Arbeiterinteressen gegenüber dem Kapitalismus und den sonstigen Herrschaftsfaktoren bedachten Gewerkschaften, hat in den letzten zwei Jahrzehnten gewaltige Fortschritte gemacht. Aus kleinen, unscheinbaren und vielfach mißachteten Gebilden heraus haben die freien Gewerkschaften, aller stetig wachsenden Verfolgung zum Trotz, sich zu einer Macht entwickelt, die Millionen opferfreudige Kämpfer umfaßt und mit der jene Faktoren sehr ernsthaft rechnen müssen. Eines freilich haben sie noch nicht fertig zu bringen vermocht: die Einfügung sämtlicher Arbeiter in ihre nach den Berufen geteilten Organisationen. Immer noch größere Massen, befangen in den Banden des Unverstandes und Indifferentismus, stehen diesen Organisationen hindernd im Wege. Darüber kann sich keiner wundern, der da weiß, daß Unverstand und Indifferentismus zähe Wucherpflanzen sind, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer neue Nahrung finden zum Nachwuchs, und deshalb nicht so leicht und so schnell, als es im Interesse der Arbeiterklasse zu wünschen ist, gänzlich ausgerottet werden können.

Auf diese Elemente haben die Unternehmer und die herrschenden Klassen im Grunde mit den reaktionären Gewalten stets spekuliert, um sie der selbständigen, freien Arbeiterorganisation entgegenzustellen und sich ihrer im Kampfe gegen angelegliche „Umsturzbestrebungen“, zugunsten einer sogenannten „Ordnungspolitik“, zu bedienen. Wir wissen, daß sowohl die Girsch-Dunderschen Gewerkschaften wie auch die „christlichen“ Arbeiterorganisationen nach der ausgesprochenen Absicht ihrer den bürgerlichen Gesellschaftsklassen angehörenden Freunde und ersten Protpektoren diesem Zwecke dienen sollten. Man war bemüht, diese Organisationen in einen scharfen und unüberwindlichen Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, die man kurzweg als „sozialdemokratische“ bezeichnete, zu bringen. In ihnen wandelte der Indifferentismus sich vielfach in einen schlimmen Fanatismus gegen die letzteren um; dem Unverstand wurde lediglich eine andre Richtung gegeben. Aber es haben sich in den letzten Jahren mehr und mehr die Anzeichen dafür erkennen lassen, daß Girsch-Dundersche Gewerkschaften und „christliche“ Organisationen auf dem Wege sind, sich den schlimmen Einflüssen, den Zerwürfen und Borzurteilen zu entziehen, die sie dazu verurteilen, der Zersplitterung der Arbeiterbewegung zu dienen, die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften zu durchkreuzen und zu schwächen.

Um so mehr waren die Feinde der Arbeiterbewegung darauf bedacht, aus der indifferenten Masse eine neue und zuverlässige Bundesgenossenschaft zu gewinnen. Sie gingen vor mehreren Jahren dazu über, die sogenannten „braven“ Arbeiter in besondere Organisationen, die „gelben Gewerkschaften“, zusammenzufassen, deren Zweck ist, den unabhängigen Arbeiterkoalitionen entgegenzuwirken und die Arbeiter von der Beteiligung an dieser Koalition abzuhalten. Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, daß die durchweg von Unternehmern und sonstigen Vertretern der herrschenden Klassen ins Leben gerufenen „gelben Gewerkschaften“ eine unerhörte Geringschätzung und Mißachtung der wichtigsten Rechte und Interessen der Arbeiter zeigen. Kürzlich schrieb ein bürgerliches Blatt, die linksliberale Berliner Volkszeitung, Schlimmeres könne den Arbeitern nicht passieren, als daß sie sich mit einer sogenannten „gelben Gewerkschaft“ einlassen.

Für die Gründung „gelber Gewerkschaften“ ist in Frankreich und England das Beispiel gegeben worden. Wie einzelne liberale Blätter, so verurteilen auch Zentrumsorgane die Nachahmung derartiger Gründungen in Deutschland. So die Germania. Sie nennt diese Gründungen eine bellagierende Tatsache und fügt hinzu:

„Es handelt sich darum, Organisationen breiteren Raums zu schaffen, die gewerkschaftlich weder Fiktion noch Fiktion sind, die hauptsächlich von den Arbeitgebern gegründet werden, um gerade die Arbeiter von dem Anschluß an die echten gewerkschaft-

lichen Organisationen abzuhalten. Demgemäß wird der Streik entweder grundsätzlich abgelehnt oder wenigstens nicht praktisch gehandhabt; um so mehr wird Wert gelegt auf die Verbindung der Vereine mit Unterstützungseinrichtungen und sonstigen Maßnahmen, die den Arbeiter erkennen lassen sollen, daß er als Mitglied eines solchen Fabrik- oder Werkvereins, wie die neuesten Unterstüßungs- und Vergnügungsorganisationen sich nennen, recht wohl auf das eigentliche Koalitionsrecht verzichten kann.“

Das Zentrumsblatt gibt unumwunden zu, daß diese Werk- und Fabrikvereine unter derselben Flagge segeln, wie die neuerdings vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründeten sogenannten reichstreuen Arbeitervereine, und es sagt weiter: „Die christlich-nationalen Gewerkschaften erscheinen diesem übernationalen Verband neuerdings nicht mehr national genug. Deshalb gründet er unter dem lebhaftesten Segen der Scharfmacherkreise und deren Organe die oben genannten reichstreuen Arbeitervereine, deren Charakter — man denke u. a. auch an die Versuche der Gründung eines nationalen Bergarbeiterverbandes im Ruhrrevier — durch die Patenschaft ihrer Hintermänner, der scharfmacherischen und sozial rückständigen Leute vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, hinreichend gekennzeichnet ist.“

Daß es den christlichen Gewerkschaften gegenüber so gekommen ist, überrascht uns nicht. Sie sind vom Unternehmertum und Scharfmachertum von dem Augenblicke an, wo sie begannen, sich auf wirkliche gewerkschaftliche Aufgaben zu begeben und hier und da ernsthaft gegen den Kapitalismus aufzutreten, genau so bekämpft worden, wie die „sozialdemokratischen“. Daran sind die ultramontanen Herren, die sich die Vormundschaft über die konfessionellen Arbeitervereine und die christlich-nationalen Gewerkschaften angemacht haben, völlig unschuldig. Diese Entwicklung hat sich wider ihren Willen als das Ergebnis der Macht der Verhältnisse vollzogen.

Die Zentrumspresse, die Organe der „christlich-nationalen“ Vereinsbildungen überhaupt, haben eigentlich kein moralisches Recht, sich über die auch gegen diese Vereine gerichtete Gründung „gelber Gewerkschaften“ zu beklagen. Sie und diese Vereine selbst — wie gutenteils auch die Girsch-Dunderschen — haben zuerst das böse Beispiel der Zersplitterung der Gewerkschaftsorganisation und -bewegung gegeben und den Wahnsinn „ordnungspolitischer“ Geister gegenüber den nach ihrer Behauptung „sozialdemokratisch verfeuchten“ freien Gewerkschaften kultiviert. Wir erinnern an den sogenannten „Revers“, der Jahre hindurch in vielen Girsch-Dunderschen Gewerkschaften Geltung hatte — eine statutarische Bestimmung, wonach Anhänger der Sozialdemokratie nicht Mitglieder sein konnten! Wir erinnern weiter an die Tatsache, daß es früher in den Satzungen christlicher Gewerkschaften hieß: „Durch den Beitritt in den Werkverein bekennt sich jeder als Gegner der sozialdemokratischen Grundzüge und Forderungen.“ Und weiter daran, daß noch in den letzten Jahren Kongresse „christlicher“ und konfessioneller Gewerkschaften das möglichste in Befundung „nationaler“ Gesinnung, in Verurteilung des Klassenkampfes, in Anerkennung der Autorität des Unternehmertums und in ferverlicher Friederei vor den reaktionären Gewalten geleistet haben. Und ist die feindselige, gehässige, rigorose Stellungnahme des Papstes und vieler deutscher Bischöfe und sonstiger hoher kirchlicher Würdenträger gegen die unabhängige gewerkschaftliche Organisation schon vergessen? Vergessen schon das Verdammungsurteil, das der Papst Leo XIII. in einer Enzyklika vom Jahre 1891 über die Arbeitseinstellung aussprach mit den Worten: „Die Bewegung der Massen, in denen die Gier nach fremder Habe erwacht, muß gezügelt werden. . . . Es muß Gewalt dazwischen fahren.“

Aus demselben Geiste, der solche Opposition gegen die freie Arbeiterorganisation und -bewegung geboren hat, sind die „gelben Gewerkschaften“ entsprungen. Durch Vorkaufsrecht von „Wohlfühlen“ und „Wohlfahrtspflege“ versucht das Unternehmertum die Arbeiter zum Eintritt in solche Gewerkschaften zu bewegen. Freilich spielt dabei auch der „moralische“ Terrorismus eine Rolle. Mancher Arbeiter wird ohne Zweifel nur gezwungen Mitglied eines Werk- oder Fabrikvereins. Aber sie könnten dem Zwange trotzen, wenn sie ihrer moralischen Pflicht genügt, Mitglied einer freien Organisation zu sein. Dabei steht fest, daß auch die „gelben Gewerkschaftler“ an den Erregungswortern des gewerkschaftlichen Kampfes, für den sie ein Gegengewicht bilden sollen, profitieren. Was die Kampforganisationen an Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit usw. erreichen, das kommt auch den gelben Verrätern zugute. Darob müßte jeder von ihnen, der noch ein Fünkchen gesunden Geistes und Ehrgefühl besitzt, von Scham ergriffen werden. Sie ernten nicht nur, wo sie nicht gesät — sie lassen sich obendrein auch noch dazu mißbrauchen, die Vertreter ihrer Interessen frivolo zu beschämen.

Aber auch dieser Unfug wird ein Ende nehmen. Die unabhängige Arbeiterorganisation wird den „gelben Gewerkschaftlern“ mit gebührender Energie und Rücksichtslosigkeit begegnen und

## Die beiden Brüder.

Eine Erzählung aus dem Leben. Von G. W.

Nachdruck verboten.

In den vielen gen Himmel ragenden, qualmenden Schloten ist schon aus weiter Ferne die industriereiche Fabrikstadt zu erkennen. Soweit das Auge blickt, ein Fabrikgebäude neben dem andern mit von Rauch geschwärzten Mauern, blind gemachten vergitterten Fenstern, damit ja kein Sonnenstrahl sich hindurchschießt. Kein Garten, keine Rasenfläche, kein gründer Baum bietet dem Auge irgendwelche Abwechslung. Fast scheint es, als könne kein Lebewesen vegetieren, kein Mensch hier seine Wohnstätte aufgeschlagen haben.

Doch die Arbeiter, die tagaus, tagaus, vom frühen Morgen bis späten Abend in diesen Fabriken fronden müssen, sind bereits so abgestumpft, daß ihnen das Fehlen der Sonne gar nicht auffällt, die zum Schneiden dicke Luft ist ihnen schon zur Gewohnheit geworden. Wegen der billigeren Miete bevorzugen sie die hinter den Fabriken liegenden Wohnungen, ersparen sie doch so einen weiten Weg zur Arbeitsstätte und gewinnen Zeit, den müden Gliedern täglich einige Minuten länger Ruhe zu gönnen.

In einem Hause dieser Gegend, hoch oben im vierten Stock, wohnte und arbeitete eine pflichtbewußte Mutter, täglich mehr als 14 Stunden, um für sich und ihre beiden Söhne den Lebensunterhalt zu erwerben. Trotz des dürftigen Einkommens war es ihr Stolz, noch soviel zu erübrigen, den beiden Lieblingen eine gute Schulbildung angeheben zu lassen. Sie war von der Wahrheit und Bedeutung des Wortes: „Wissen ist Macht!“ fest überzeugt, so daß sie lieber Hunger litt, als den Kindern die Lehrmittel vorzuenthalten. Auch ließ sie es sich angelegen sein, durch Körperpflege und Anhalten zum Turnen die Knaben zu stärken, damit sie später allen Anforderungen des Lebens gewachsen seien.

Da war es kein Wunder, wenn die geistig regsamten Knaben mit lebhaftem Interesse die sich täglich abspielenden Vorgänge vor der gegenüber liegenden chemischen Fabrik verfolgten. Ihr fehnlichster Wunsch war, einmal in das Getriebe hineinzukommen zu dürfen, doch: „Unbefugten ist der Eintritt verboten!“

Sie beneideten die jugendlichen Arbeiter, die, obwohl älter, doch nicht so kräftig ausschauten wie sie selbst, die aber Tag für Tag mit den Männern, Frauen und Mädchen das vermeintliche Heiligum betreten durften. Oft genug faßten sie den Vorfaß, einen Arbeiter zu fragen, wie es da drinnen ausschaut, wo die Räder Tag für Tag sich drehen, wo wie durch dämonische Kraft getrieben, Hammer auf- und abgehen und große Maschinen surren und schnurren. Doch jedesmal schreckten sie wieder zurück, sobald sie in die glanzlosen Augen des zu Befragenden schauten, aus denen jeder Lebensfunke geworden schien. Sie faßen, wie höflichwellige Gestalten sich schon vor Morgengrauen befehen, bevor noch der grelle Ton der Dampfpeife die stickige Luft durchgitterte, das Fabrikrotz zu passieren. Denn unbarmerzig waltete der Pförtner seines Amtes. Wer nicht pünktlich herbeikam, wurde auf einen halben Tag ausgesperrt und verlor den dafür entfallenden Teil des Lohnes. Fast alle Tage hielt ein Wagen der Unfallstation vor dem Fabrikrotz. Ein Schwerverletzter oder gar Toter wurde hinausgetragen. Doch solche „Meinigkeiten“ ließen den Betrieb nicht auf eine Minute aussetzen. Unaufhaltsam sausen die Räder ihren Kreislauf, die Schöte saugten ungefüßt ihre giftigen Qualme aus. Ohrenbetäubender Lärm der Maschinen ermüdete die Nerven und verbietet jede Unterhaltung der Arbeiter untereinander. Fremd, teilnahmslos stehen sie sich gegenüber, berichten ohne Freude das ihnen zugeeilte Tageswerk, alle nur von dem einen Gedanken befeelt: „Ach, wäre es doch erst Feierabend!“ Endlich ertönt ein greller Pfiff und alle befehen sich, die Arbeitsräume zu verlassen. Vor dem Tore staut sich die Masse. Ein paar Sekunden genügen, um das Bild zu erfassen und die einzelnen Gestalten zu betrachten. Fast kein Unterschied in Haltung und Körperbau. Glanzlose Augen, herunterhängende Schultern, müd und gebückt, jeder Lebensfreude bar, nur Stoll im Herzen, weil Mensch zu sein ohne menschlich fühlen zu dürfen, suchen sie ihre Wohnungen auf.

Alles dies läßt den Beobachter diese Arbeitsflaven noch ärmer, noch elender erscheinen.

Dieses Bild, das sich täglich vor den Augen der aufgeweckten, mißbegierigen Knaben abspielte, befechtigte vollständig ihre Sinne und prägte sich tief in ihre Herzen. Befragten sie die

Mutter, woher es denn eigentlich komme, daß Hunderte von Menschen so freudlos täglich in die Fabrik gehen, einer dagegen erst am Spätmittag per Equipage vorfährt, nach kurzem Aufenthalt sich wieder von dannen fahren läßt, so gab diese zur Antwort: „Jetzt noch müssen Hunderte, ja Tausende für einen schaffen, damit er, der „Eine“, kraft seines erblichen oder ererbten Geldsacks, alle Freuden des Lebens genießen darf, und den Hunderten entgehen. Dieser Zustand wird so lange fortbauern, bis die träge Arbeitermasse erwacht ist und erkannt hat, daß sie ebenfalls Anspruch darauf hat, das Leben zu genießen und an allen Kulturfortschritten teilzunehmen, vor allem aber, menschenwürdig leben zu dürfen. Jetzt sind die meisten Arbeiter noch nicht so weit, noch leben viele im Stumpfsinn mit der ihnen eingepägten Ansicht dahin, sie seien geboren, nur für andre zu arbeiten und für andre ihr Leben zu lassen. Sie begreifen noch nicht, daß nicht die Natur Arm und Reich geschaffen, sondern alle gleichmäßig ausgestattet hat. Es ist ihnen noch nicht zum Bewußtsein gekommen, daß es keine gottgewollte Einrichtung ist, wenn Hunderte schmachten müssen, damit einzelne Wenige aus dem Vollen genießen dürfen. Diese sind es, die sich kraft ihrer Gewalt solche Einrichtungen erst geschaffen und zuruge gemacht haben. Aber schon geht es wie ein Raunen durch die Massen, viele sind gewillt, das Sklavenjoch abzustreifen. So jung diese Bewegung noch ist, so umfaßt sie doch schon eine nach Tausenden zählende Anhängererschaft, und täglich strömen ihr neue Scharen zu. Langsam fangen die Arbeiter zu begreifen an, daß sie allesamt einig zusammenstehen müssen, um die Herrschaft des Geldsacks und des Einzelnen zu beseitigen!“

Diese Antwort befehlte nicht ihren Eindruck auf die Knaben. Sie gelobten einander, sobald sie erwachsen, sich in den Dienst der neuen Religion zu stellen. Noch mehr spornten sie ihren Lerneifer an, wobei sie von der tapferen Mutter nach Kräften unterstützt wurden.

Aus der Schule entlassen, kamen die beiden Brüder zu einem biederen Handwerker in die Lehre. Dem üblichen Gebrauche Rechnung tragend, beschloffen sie, im ersten Gesellenjahre auf Wanderschaft zu gehen, Land und Leute kennen zu lernen und sich in dem erlernten Berufe weiter auszubilden.

